

Die indische Innenpolitik im Berichtszeitraum

Betz, Joachim

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GIGA German Institute of Global and Area Studies

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Betz, J. (2000). Die indische Innenpolitik im Berichtszeitraum. *Indien - Politik, Wirtschaft, Gesellschaft*, 21-32. <https://doi.org/10.11588/ijb.2000.0.993>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

gesis
Leibniz-Institut
für Sozialwissenschaften

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Mitglied der

Leibniz-Gemeinschaft

Diese Version ist zitierbar unter / This version is citable under:

<https://nbn-resolving.org/https://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:bsz:16-ijb-9932>

Die indische Innenpolitik im Berichtszeitraum

von
Joachim Betz

Herausragende innenpolitische Ereignisse im Berichtszeitraum waren die Anfang 1999 sich abzeichnende Erosion der regierenden Koalition und die spektakuläre Niederlage der Regierung beim Vertrauensvotum im April 1999, der kurze Zeit später ein massiver Stimmungsumschwung zu Gunsten der Regierung folgte, ausgelöst im Wesentlichen durch die erfolgreiche Niederschlagung der von Pakistan unterstützten militärischen Infiltration in der Region Kargil.

1 Das Auseinanderfallen der Regierung

In der indischen Koalitionsregierung hatte es schon im Vorjahr beträchtliche Friktionen gegeben (vgl. *Indien 1999 - Politik, Wirtschaft, Gesellschaft*), bedingt durch Auseinandersetzungen zwischen der BJP und ihrem radikalen Anhang über die Haltung zu Pakistan, zur christlichen Minderheit und zur Wirtschaftspolitik, insbesondere aber wegen Konflikten mit zwei kleineren Partnern innerhalb und außerhalb der Koalition, der AIADMK und dem Trinamool Congress, die von zwei ehrgeizigen Frauen (J. Jayalitha und Mamata Banerjee) geführt wurden. Versuche, den Trinamool Congress mit ins Boot zu nehmen, scheiterten daran, dass Mamata Banerjee das von der TDP (einem wichtigen Partner) besetzte Eisenbahnministerium für sich reklamierte und gegen die Ende Januar zum Zwecke der nötigen Haushaltskonsolidierung verhängten Preiserhöhungen bei Grundnahrungsmitteln opponierte. In dieser Forderung traf sie sich mit J. Jayalitha, die der BJP vor allem mangelnde Unterstützung bei ihrem Verlangen vorwarf, die gegnerische DMK-Regierung

in Tamil Nadu zu entlassen, die gegen sie etliche Gerichtsverfahren wegen Korruption vorantrieb. Sie weigerte sich, eine Friedensvereinbarung mit der Koalition zu unterzeichnen, obwohl diese alles (aber ohne Erfolg) tat, den Gerichten in Tamil Nadu die gegen sie angestregten Verfahren zu entziehen.

Ende Januar 1999 sah sich die Koalition einer erneuten Belastungsprobe ausgesetzt, als bei einem Kastenkonflikt in Bihar zahlreiche Dalits von paramilitärischen Verbänden im Solde von Großgrundbesitzern umgebracht wurden. Auf Druck der BJP, aber auch aus eigenem Bestreben, verhängte der Staatspräsident die Direktverwaltung über Bihar, entließ aber das Landesparlament nicht. Der Kongresspartei, einem potenziellen Verbündeten des in Bihar regierenden Rashtriya Janata Dal, blieb zunächst nichts anderes übrig, als diese Initiative gutzuheißen. Freilich musste die Direktverwaltung noch durch das Oberhaus abgesehnet werden, in dem aber die Kongresspartei und ihre Verbündeten in der Mehrheit waren. Diese brachten die Maßnahme dort zu Fall: Die Landesregierung unter Chefministerin Rabri Devi musste am 8. März wieder eingesetzt werden. Die windige Begründung der taktischen Wende durch die Kongresspartei und ihre Unterstützung eines Partners, dem man ganz offenkundiges Versagen bei der Regierungsführung vorwerfen musste, zeigte hinlänglich, dass diese Partei ihre abwartende Haltung abzulegen begann, nicht mehr nur darauf wartete, bis die Regierung an ihren eigenen Widersprüchen zerbräche, sondern deren Ende aktiv betrieb. Ursächlich dafür waren weniger perzipierte Fehlleistungen der Regierung als vielmehr ihr Ansehensgewinn, bedingt durch die Vorlage eines einigermaßen präsentablen Haushaltsentwurfs, die ernsthaft betriebene Verständigungspolitik mit Pakistan (Staatsbesuch des Premierministers in Pakistan, „Busdiplomatie“) sowie die Befriedung und Zurückweisung ihres radikalen Anhangs, insbesondere im Anschluss an dessen Versuche, ein Kricketspiel zwischen Indien und Pakistan im Februar 1999 zu verhindern. Kurzum: Die Führung der Kongresspartei begann zu spüren, dass ihr der günstige Zeitpunkt für einen raschen Wechsel entschwinden könne.

In diesem Lichte ist die medienwirksame Einladung der Kongresspräsidentin Sonia Gandhi zu einer Teeparty J. Jayalithas Anfang April zu sehen, auf der Letztere demonstrieren konnte, dass sie auch über andere politische Optionen verfügt. Dieses Ereignis versuchte die Regierung zunächst herunterzuspielen, ein Seitenwechsel Jayalithas schien angesichts mangelnder Mehrheit für eine alternative Regierung unwahrscheinlich. Genau dies trat aber ein, als diese wenige Tage später ihre Minister aus dem Kabinett zurückzog. Als offizielle Begründung musste herhalten, dass Verteidigungsminister Fernandes –

dessen Kopf gefordert wurde – unberechtigterweise und unter Verletzung der indischen Sicherheitsinteressen – den Marinechef entlassen habe. In Wirklichkeit zog sich die AIADMK natürlich wegen nicht erfüllter personeller Forderungen und der nicht abgewendeten Strafverfolgung ihrer Präsidentin aus der Koalition zurück. Nachdem sie dem Staatspräsidenten angezeigt hatte, dass sie die Regierung nicht mehr stütze, forderte dieser – nach Meinung regierungsnaher Kreise allzu schnell und in extensiver Auslegung seiner Kompetenzen – die Regierung auf, umgehend ausreichende Unterstützung im Unterhaus zu demonstrieren. Diese zeigte sich optimistisch, den Test zu bestehen, war ihr doch von rivalisierenden Tamilenparteien (darunter der in Tamil Nadu regierenden DMK) Unterstützung zugesagt worden. Überdies hatte die Partei der Unterkastigen (die BSP unter ihrer Führerin Mayawati) Enthaltung bei der Abstimmung versprochen. Zur Überraschung nahezu aller Beteiligten verlor die Regierung dann am 17. April 1999 das Vertrauensvotum mit nur einer Stimme. Ursächlich dafür war der Seitenwechsel der BSP, die nun doch gegen die Regierung gestimmt hatte, die Angst um ihre muslimischen Wähler hatte und deren Präsidentin von Sonia Gandhi der Posten der Chefministerin in Uttar Pradesh versprochen worden war. Die Kongresspräsidentin erwies sich in der ganzen Angelegenheit – entgegen ihrer früheren Abstinenz – als Drahtzieherin hinter den Kulissen, die auch andere Politiker zum Seitenwechsel aufforderte.

2 Der Kongress scheitert an der Regierungsbildung

Selbstbewusst meldete Sonia Gandhi nach der Niederlage der Koalition den Anspruch ihrer Partei auf Regierungsbildung an und behauptete gegenüber dem Staatspräsidenten, über ausreichende Unterstützung im Parlament zu verfügen. Dieser bestand zu ihrer Überraschung aber auf der Vorlage schriftlicher Unterstützungserklärungen, wohl wegen öffentlicher Kritik bei seinem vorherigen Vorgehen gegen die amtierende Regierung. Sonia Gandhi brachte die erforderliche Zahl der Erklärungen nicht zu Stande. Bei der nötigen Unterstützung durch die Samata Party und den Forward Bloc, die gar nicht direkt gefragt wurden (und fürchteten, bei späteren Neuwahlen vom Kongress an die Wand gedrückt zu werden), hatte man sich auf die Kommunistische Partei verlassen; diese hatte eigentlich gehofft, man werde Jyoti Basu, den Chefminister von Westbengalen, zum Premier machen. Das Ganze endete in

einem Fiasko und sollte das Image von Sonia Gandhi nachhaltig beschädigen. Staatspräsident K.R. Narayanan sah sich jedenfalls genötigt, durch Entlassung des Parlaments Neuwahlen anzuordnen, die für die Zeit vom 4. September bis 1. Oktober 1999 anberaumt wurden.

Kurze Zeit nach diesem Debakel ereignete sich im Schoße des Kongresses der Versuch einer Palastrevolution, als drei einflussreiche Kongresspolitiker, darunter der frühere Chefminister Sharad Pawar von Maharashtra, in einem sorgfältig formulierten Brief an die Parteiführung die Führungsrolle Sonia Gandhis und die Eignung einer in Italien geborenen Frau, der es an politischer Erfahrung mangle, für das Amt des Premiers in Frage stellten. Diese trat darauf umstandslos zurück, verärgert auch durch angeblich mangelnden Rückhalt in der Parteiführung. Es folgte eine politische Travestie: Der Chefminister von Madhya Pradesh trat zurück, Tausende von Mitgliedern begannen einen Fastenstreik, etliche bekundeten den Willen, sich selbst anzuzünden: alles nur, um den Entschluss der Parteipräsidentin rückgängig zu machen. Diese ließ sich eine Woche lang bitten.

Die drei Dissidenten wurden auf einer Sitzung des Parteivorstands, die unter enormem Druck der Sonia Gandhi treu ergebenen Anhänger stand (mit Mehrheit, aber nicht einstimmig), für sechs Jahre aus der Partei ausgeschlossen, ein Zeichen auch dafür, dass die Partei über keine personelle Alternative zur amtierenden Präsidentin verfügte. Diese nutzte die ihr günstige Stimmung, um auf der Sitzung des Kongresskomitees Ende Mai die Partei nahezu vollständig unter ihre Kontrolle zu bringen. Die Dissidenten verließen den Kongress und gründeten ihre eigene Partei (die National Congress Party), konnten aber nur eine begrenzte Zahl von Abgeordneten (die meisten aus Maharashtra) auf ihre Seite ziehen.

Die nächsten Monate standen innenpolitisch unter dem Zeichen der Invasion von von Pakistan unterstützten Freischärlern in der Region Kargil und den Versuchen der politischen Opponenten, diese Ereignisse mit Blick auf den nahenden Wahlkampf propagandistisch auszuschlachten. Die BJP verfolgte dabei einen recht einfachen Plan und war bestrebt, sich bei jeder passenden Gelegenheit mit der gegen die Invasoren siegreichen Armee zu identifizieren und ihren populären Premierminister Atal Behari Vajpayee, dessen Ansehen das der Partei in Umfragen wesentlich übertraf, in den Vordergrund zu stellen. Die Partei verzichtete auf ein eigenes Wahlmanifest, sondern präsentierte ein mit dem Allianzpartner gemeinsam formuliertes und daher gemäßigtes Programm.

Die Kongresspartei konterte mit der Kritik, die Regierung habe die langsame Lozierung feindlicher Truppen in Kaschmir verschlafen und sei nur durch die Armee gerettet worden. Die Partei war bestrebt, wieder Stimmen der Minderheiten und der Dalits zu gewinnen und auch bei den Mittelschichten Boden gutzumachen. Die Partei zeigte sich auch ganz offenkundig bestrebt, die Wahlen im Alleingang zu gewinnen und bemühte sich nur zu einem geringen Grad um Wahlkoalitionen, u.a. mit der AIADMK in Tamil Nadu, dem RJD in Bihar und der BSP in Uttar Pradesh. Im Übrigen wurden noch einzelne potenzielle Deserteure umworben.

Dieser strategische Ansatz sollte sich als schwerer Fehler erweisen, vor allem angesichts der erfolgreichen Versuche der BJP, zahlreiche Allianzpartner unter dem Dach der National Democratic Alliance zusammenzuführen. Ein wichtiger Coup gelang ihr mit der (Wieder-)Vereinigung der verschiedenen Flügel der alten Janata Dal zur Janata Dal (United). In Bihar und Karnataka hatten sich BJP-freundliche Flügel von kleineren Parteien abgespalten, denen sich später prominente Politiker der JD wie Sharad Yadav und Ram Vilas Paswan anschlossen. Die neue JD(U) einigte sich alsbald mit der BJP auf Sitzabsprachen bei den Wahlen. Der verbleibende Rest der alten JD (JD Secular) unter Expremier Dewe Gowda versank dadurch in Bedeutungslosigkeit. Im Süden des Landes, wo die BJP traditionell schwach war, konnte sie weitere Verbündete finden; die in Andhra Pradesh regierende Telugu Desam Party unter ihrem dynamischen Chefminister Chandrababu Naidu fand sich zu Sitzabsprachen bereit, wollte aber nicht offiziell zur Allianz stoßen. Mamata Banerjee zeigte sich weiterhin zur Stützung der Regierung bereit. Dies alles bedeutete, dass die BJP das Odium einer Pariapartei längst abgestreift hatte. Freilich verringerten sich durch diese Bündnisse die Chancen für die Durchsetzung einer auch nur entfernt hindunationalistischen Politik noch weiter.

Die Chancen der regierenden Koalition und ihres neu gewonnenen Anhangs stiegen nicht nur wegen der erfolgreichen Zurückschlagung der Invasoren und der dadurch hervorgerufenen nationalen Solidarisierung, sondern auch angesichts des sich beschleunigenden wirtschaftlichen Aufschwunges, hoher Währungsreserven, landwirtschaftlicher Rekorde und damit niedriger Inflationsraten. Darüber hinaus konnte die amtierende Regierung natürlich die fünf Monate zwischen Abwahl und Neuwahl für ihre Zwecke nutzen. Alle Wahlprognosen liefen daher in den Monaten vor dem Wahlgang auf einen deutlichen Sieg der Allianz hinaus, der 300-330 Mandate zugetraut wurden. Sie prognostizierten Wahlgewinne vor allem bei den Jungwählern und im ländlichen Bereich.

3 Das Ergebnis der Wahlen zum Unterhaus

So kam es denn auch. Die National Democratic Alliance (NDA) errang 300 Sitze, siegte also nicht ganz so überlegen wie teilweise vorhergesagt, aber mit (deutlicher) absoluter Mehrheit. Die Wahlbeteiligung lag mit 59% relativ niedrig. Ursachen hierfür waren die Ermüdung der Wähler auf Grund der kurzen Intervalle bei den Unterhauswahlen und die hohe Wahlenthaltung in Bihar und Kaschmir wegen der angespannten Sicherheitslage. Entsprechend der häufigen Wahlen in den letzten Jahren hatten sich die Parteikassen geleert; die Zahl der aufgestellten Kandidaten und die Wahlausgaben sanken daher gegenüber 1998 kräftig. Der Sieg der Allianz ging vorwiegend auf das Konto der Partner der BJP. Diese selbst konnte zwar ihre 182 Sitze vom Vorjahr halten, verlor aber landesweit fast 2% der Stimmen. Gegenüber 1998 konnte sie sich im Süden weiter verbessern, erlitt aber in Uttar Pradesh, wo sie die (reichlich ineffiziente) Landesregierung gestellt hatte, eine empfindliche Schlappe. Sie konnte allerdings Geländegewinne bei den bäuerlichen Schichten und den Unterkastigen machen, wo sie bisher schlecht vertreten war, und insbesondere bei den Jungwählern. Dennoch gilt, dass die Allianz ohne die Kooperation und die Bündnisse mit den Regionalparteien längst nicht so gut abgeschnitten hätte. Diese sind als die eigentlichen Gewinner der Wahlen zu bezeichnen und stellen mehr Abgeordnete als je zuvor. Damit haben sich der föderale Charakter der NDA weiter verstärkt und die Chancen für die Durchsetzung einer hindunationalistischen Politik weiter abgeschwächt. Überdurchschnittlich gut schnitten die Telugu Desam Party in Andhra Pradesh, die Shiv Sena in Maharashtra und der kurz vor der Wahlen wiedervereinte Janata Dal (U) ab. Entsprechend gewannen sie an Selbstbewusstsein. Die TDP unter ihrem charismatischen Führer Chandrababu Naidu wurde mit 29 Abgeordneten viertstärkste Kraft im Parlament und erklärte auch gleich, die Koalition nur von außen unterstützen zu wollen.

Die Kongresspartei konnte gegenüber 1998 zwar um gut zwei Prozent zulegen, errang aber mit nur 112 Mandaten das schlechteste Ergebnis ihrer Geschichte. Dafür war nur in geringem Maße die Abspaltung der von Sharad Pawar geführten National Congress Party verantwortlich, die dem Kongress vor allem in Maharashtra Wähler abspenstig machte. Die Partei konnte zwar in Uttar Pradesh, im Punjab, in Westbengalen und Maharashtra zulegen, verlor aber in Rajasthan, Delhi und Bihar. Trostreich für sie erwies sich lediglich, dass sie bei den gleichzeitig abgehaltenen Landtagswahlen besser abschnitt als bei den Wahlen zum Unterhaus.

Die linken Parteien wurden nahezu dezimiert. Der säkulare Rest des alten JD schrumpfte auf gerade einen Abgeordneten, die klassische Linke setzte ihren Abstieg fort. Nur die CPI-M konnte ihre Mandate halten (32), die anderen Linksparteien kamen auf insgesamt nur noch neun Sitze. Die Kommunisten sind praktisch keine Partei von nationaler Bedeutung mehr. Sie beschränken ihren Einfluss auf wenige regionale Hochburgen und verzeichneten gerade in städtischen Gebieten ihre höchsten Verluste. Wie schon bei früheren Gelegenheiten strafte der teilweise illiterate indische Wähler ineffiziente Regierungen ab und demonstrierte damit eine beachtliche politische Reife. Dieses Mal betraf dies nicht nur die BJP-Regierung in Uttar Pradesh, sondern auch die von einigen Regionalparteien geführten Regierungen im Punjab, in Bihar und jene erst kurz amtierenden Kongressregierungen in Delhi und Madhya Pradesh, die vor einem Jahr einen gewissen Vertrauensvorschluss erhalten hatten.

Die Wahlen in Indien bestätigten die sich in den 90er Jahren abzeichnende Tendenz einer zunehmenden Fragmentierung und Diversifizierung der Parteienlandschaft, gleichzeitig beendeten sie aber ein Jahrzehnt unklarer Machtverhältnisse. Die Wähler erteilten der NDA einen unzweideutigen Regierungsauftrag und bestätigten erstmals seit 1971 einen amtierenden Premierminister. Die Wahlen stärkten auch die „säkularen“ Partner in der Allianz und die Anhänger einer stärkeren Weltmarktintegration. Dies sollte sich schon bald nach den Wahlen an einer Reihe von Ankündigungen zur Einleitung einer neuen Welle von Wirtschaftsreformen erweisen.

Auf Grund des höheren Gewichts der regionalen Parteien in der Allianz mussten diese auch bei der Regierungsbildung stärker bedacht werden. Auf Grund der Notwendigkeit, das Kabinett zu einem Spiegelbild unterschiedlichster regionaler und sozialer Interessen zu machen, schwoll der Ministerrat auf 69 Personen an, davon 25 mit Kabinettsrang und sieben Minister mit unabhängiger Ressortverantwortung. Um die gewünschte Zahl an Posten zu erreichen, mussten einige Ressorts Teile ihres bisherigen Aufgabenbereichs abgeben. Erstmals gab es im Kabinett nach der Ablösung des vorherigen Industrieministers Sikander Baht keinen Muslimen mehr. Mamata Banerjee (Eisenbahnen) wurde als einzige Frau in den Kabinettsrang erhoben. Die auch bislang wichtigsten Minister (Innenminister Advani, Außenminister Jaswant Singh, Finanzminister Yashwant Sinha, Erziehungsminister Manohar Joshi) wurden in ihrem Amt belassen. Wichtigen Ministern der Koalitionspartner wurden als Aufpasser Staatsminister aus den Reihen der BJP beigegeben.

4 Innerparteiliche Differenzen nach den Wahlen

Sonia Gandhi wurde trotz verlorener Wahlen wieder zur Fraktionsvorsitzenden der Kongresspartei gewählt. Sie setzte ein siebenköpfiges Untersuchungsteam ein, das die Ursachen der Wahlniederlage eruieren sollte, und verschob erst einmal die für Mitte Oktober 1999 angesetzte Sitzung des Parteivorstandes – damit sich der Staub setze – auf Anfang November. Da der Bericht der Kommission bei dieser Sitzung noch nicht vorlag, fand nur eine reichlich oberflächliche Diskussion statt. Auch Chefminister, die bei den Wahlen offenkundig versagt hatten, wurden nicht ersetzt. Stattdessen wurden im Sinne der Verzögerungstaktik – und um Abweichler beschäftigt zu halten – sieben neue Ausschüsse eingesetzt. Anfang Dezember lag dann der Bericht des Prüfungsausschusses vor. Er brachte nicht viel Neues und diagnostizierte als taktische Fehler vor allem die Unterstützung der populistischen Regierung von Bihar, die allzu enge Kooperation mit J. Jayalitha und das Unvermögen, nach tätiger Mithilfe bei der Abwahl der Regierung eine neue zu bilden. Auch die Attacke der Regierung bei der Behandlung der Kargil-Invasion wurde kritisiert. Sonia Gandhi wurde freilich freigesprochen, ihre ausländische Herkunft nicht als wahlentscheidender Nachteil angesehen. Als einzig praktische Maßnahmen wurden die Säuberung des erweiterten Vorstandes und die Eliminierung etlicher unfähiger Berater empfohlen.

Die BJP musste sich nach den Wahlen nun nicht mehr mit dem Überleben der Regierung beschäftigen und konnte sich dem weiteren Schicksal der von ihrem Chefminister Kalyan Singh geführten Landesregierung in Uttar Pradesh zuwenden. Dieser war – nicht nur wegen der verlorenen Wahlen – besonders beim Premierminister in Ungnade gefallen, wurde aber zunächst noch von etlichen Parteiführern in Uttar Pradesh gestützt, die fürchteten, dass seine Entlassung zur Entfremdung der Unterkastigen von der BJP führen könne. Anfang November spitzte sich die Lage der Landesregierung zu, als sie sich nicht in der Lage sah, die Löhne im öffentlichen Dienst zu bezahlen und die Pensionszahlungen verschieben musste. Die Zentralregierung stellte darauf harte Bedingungen für fortgesetzte Unterstützung (Privatisierung der Stromversorgung, Entlassung von Angestellten) und zitierte Kalyan Singh zusammen mit seinen regionalen Widersachern nach Delhi. Der Chefminister entzog sich durch eine Pilgerreise und wurde daher umstandslos durch Ram Prakash Gupta, ein altes RSS-Schlachtross, ersetzt. Die erwartete Palastrevolte blieb aus, wüste Attacken Kalyan Singhs auf den Premierminister wurden mit dem Parteiausschluss des Erstgenannten beantwortet. Der neue Chefminister machte sich sogleich daran, seinen Anhang bei den Dalits zu er-

weitem und deren politische Vertretung (die nicht der Koalition angehörende BSP) zu umschmeicheln, indem er etliche öffentliche Werke zum Nutzen der Dalits fortsetzen ließ, die unter Kalyan Singh storniert worden waren. Motiviert war das durch Befürchtungen, die bisherigen Partner in Uttar Pradesh könnten die Koalition verlassen. Einen Dämpfer erhielt die neue Zentralregierung auch dadurch, dass sich die abgefallene Kongressfraktion unter Sharad Pawar nach den Wahlen wieder mit der Mutterpartei verbündete und die Regierungsgeschäfte übernahm.

Auch nach den diesmaligen Wahlen erfreute sich die Koalition nicht lange der neu gewonnenen populären Legitimität und friedlicher Beziehungen zu ihren Vorfeldorganisationen. Einen kleineren Anlass zum Dissens bot der Papstbesuch Anfang November 1999, gegen den sich die RSS stark zu machen versuchte, dabei aber nur wenige mobilisieren konnte. Die RSS und verwandte Organisationen waren überdies der Meinung, der Papst müsse sich bei seinem Besuch für die vergangenen Konversionsaktivitäten der Kirche entschuldigen. Der Premier und Innenminister Advani, besorgt um Indiens internationales Ansehen (zumal wegen der vorjährigen Christenverfolgungen), riefen die Hinduorganisationen (erfolgreich) zur Mäßigung auf, obwohl der Papst mit sehr deutlichen Worten die Verbreitung der Heilsbotschaft durch die Kirche propagierte.

Stärkere Irritationen rief eine zur Jahreswende angekündigte Initiative der Regierung zur Verfassungsreform hervor. Premierminister Vajpayee setzte eine Kommission (unter Führung eines vormaligen obersten Bundesrichters) ein, die prüfen sollte, wie die Verfassung am besten den veränderten politischen und sozialen Umständen in Indien angepasst werden könne, ohne allerdings ihre Grundstruktur zu verändern. Diese Neuigkeit elektrisierte die politische Klasse auf allen Seiten. Opponenten sahen darin den finsternen Versuch, die versteckte Agenda der BJP über eine andere Verfassung durchzusetzen bzw. diese zu „safranisieren“, und selbst der Staatspräsident warf die Frage auf, ob nicht statt der Verfassung die Politik geändert werden müsse. Ziel der Revisionsbestrebungen war es offenkundig, die Balance zwischen Zentrum und Unionsstaaten zu Gunsten Letzterer zu verändern, daher den Artikel 356 (Direktverwaltung) abzuschaffen oder zu modifizieren, den Unionsstaaten finanzielle Autonomie zu verschaffen, ein konstruktives Misstrauensvotum (nach deutschem Muster) einzuführen und einen Wechsel zu einem semipräsidentiellen Regime zu gewährleisten. Darüber hinaus wurde argumentiert, die alte Verfassung habe es nicht geschafft, Armut und Unterentwicklung zu beseitigen. Die Oppositionsparteien sahen in dem Versuch, die Balance zwischen

Zentrum und Unionsstaaten zu verändern, das durchsichtige Bestreben, das Leben der stark von den Regionalparteien abhängigen Allianz zu verlängern.

In diese Zeit fiel auch die vergleichsweise unglücklich verlaufende Beendigung des Dramas um eine in Kandahar von kaschmirischen Terroristen durchgeführte Flugzeugentführung, mit der Gesinnungsgenossen freigespresst werden sollten. Nach starken Worten der Regierung, dem Druck nicht nachgeben zu wollen, wurden in zögerlicher Reaktion die geforderten Häftlinge dann doch freigelassen, ein Ereignis, das insbesondere die Stellung Innenminister Advanis bei den hinduradikalen Vorfeldorganisationen schwächte. Die RSS distanzierte sich bei ihrer Tagung in Gujarat Ende Januar 2000 vom Management der Flugzeugentführung durch die Regierung und propagierte zur Kompensation einen harten Kurs in Fragen der nationalen Sicherheit. Es ist nicht weit hergeholt, wenn man der Regierung bei drei nachfolgenden Vorgängen entsprechendes Zurückweichen vor den Radikalen unterstellt. Beim ersten ging es um die in Varanasi begonnenen Dreharbeiten zu einem Film, der die Lebensbedingungen indischer Witwen in den 30er Jahren zum Inhalt hatte. Durch den Inhalt des Films, den sie allerdings gar nicht zur Kenntnis genommen hatten, fühlten einige kulturelle Organisationen aus dem Dunstkreis der BJP das Ansehen des Hinduismus beschädigt. Der BJP-Chefminister machte sich alsbald für einen Abbruch der Dreharbeiten mit dem Argument stark, er könne sonst nicht mehr für Ruhe und Ordnung garantieren. Tatsächlich verließ das Team daraufhin Varanasi. Im selben Bundesstaat attackierten RSS-Aktivisten am Valentinstag Geschäfte, die Geschenke für diesen Tag offerierten, und Liebespaare, die sich angeblich verwestlicher Liebe hingaben. Anfang Februar wurden Pläne der BJP-Regierungen in Gujarat und Uttar Pradesh bekannt, das Verbot für öffentlich Bedienstete aufzuheben, sich an den Aktivitäten der RSS zu beteiligen. Diese Organisation, die sich noch im November zurückgehalten hatte und von der Regierung nur verstärkte Bemühungen um nationale Sicherheit, die Unterstützung der Kleinindustrie und Wohlfahrtsprogramme für die Stammesangehörigen gefordert hatte, begann sich nun zu beschweren, das ganze wirtschaftliche Programm des Vertrauens auf die eigenen Kräfte werde nicht richtig vorangetrieben.

Auch in den beiden wichtigsten Oppositionsparteien zeigten sich im Vorgriff auf die Landtagswahlen am 28. Februar 2000 Turbulenzen. Das Politbüro der Kommunistischen Partei (CPI-M) hatte im Dezember 1999 den Antrag des westbengalischen Chefministers Jyoti Basu, der mit 86 Jahren das Land seit 1967 regierte, zurückgewiesen, in den wohlverdienten Ruhestand zu treten. Die Partei verfügte einfach über keinen integrationsfähigen Nachfolger,

der außerdem die linken Koalitionspartner bei der Stange hätte halten und den weiteren Vormarsch von Mamata Banerje und ihres Trinamool Congress hätte aufhalten können. Ende Januar verlangten Dissidenten in der Kommunistischen Partei mehr Transparenz und innerparteiliche Demokratie. Sie wurden zwar gemäßregelt, hatten aber offenkundig die Sympathie des Chefministers. Auch in der Kongresspartei sank die Stimmung bei Herannahen der Landtagswahlen, zumal Prognosen deutlich machten, dass sie auch diese verlieren würde. Sonia Gandhi wählte denn auch, um sich weniger verwundbar zu machen, die Kandidaten nicht mehr selber aus und entledigte sich auch teilweise ihrer persönlichen Berater. Dennoch stieg das Unbehagen in der Partei über ihre Führung, gebremst auch hier durch die Tatsache fehlender Alternativen.

Wie zu erwarten war, verlor die Kongresspartei in Orissa deutlich, wo sich die von ihr geführte Regierung durch besonderes Versagen bei der Bewältigung der Sturmschäden auszeichnete, insbesondere bei der Versorgung und Entschädigung der Obdachlosen. Die Regierung wurde von einer Koalition aus BJP und Biju Janata Dal gebildet, deren Führer Naveen Patnaik auch den Posten des Chefministers erhielt. Überraschend gut hielten sich der Kongress und insbesondere die bisherige Regierungspartei Rashtrya Janata Dal unter ihrer Chefministerin Rabri Devi und ferngesteuert von deren Gatten Laloo Prasad. Der offenkundig parteiische Gouverneur betraute dennoch die oppositionelle BJP mit der Regierungsbildung, obwohl diese über keine glaubwürdige Chance zur Mehrheitsbildung verfügte. Als sich nach der Kongresspartei auch noch die Kommunistische Partei auf die Seite Rabri Devis schlug, war das Intermezzo Chefminister Nitish Kumars schnell beendet. Rabri Devi bestand kurz darauf die Vertrauensabstimmung mit großer Marge, der Kongress beteiligte sich an der Koalition, nicht aber, ohne der Regierung einen Überwachungsausschuss beizugeben.

Anfang März 2000 erlitt die Regierung der National Democratic Alliance ihre zweite Niederlage, als sie die Regierung von Gujarat unter Druck setzen musste, das aufgehobene Verbot für Beamte, sich als RSS-Aktivisten zu betätigen, wieder einzuführen. Dieser Schwenk wurde nötig, weil die Kongresspartei eine Diskussion über diesen Vorgang im Unterhaus (mit großer Aussicht auf Erfolg) erzwingen wollte und die Allianz sicher sein konnte, dass nicht alle ihre Partner ihre Linie bei der Abstimmung teilen würden. Der psychologische Schaden dieser Niederlage war beträchtlich.

Zuletzt ist noch zu berichten, dass sich auch die Sicherheitslage in Kaschmir nicht entspannte. Dort hatte die Regierung im Herbst 1999 die Bildung von Selbstverteidigungskomitees gegen die Terroristen vorangetrieben und da-

mit insoweit Erfolge erzielt, als deren Attacken auf Hindugemeinden seltener wurden. Freilich beteiligten sich Muslimdörfer aus Furcht vor Repressalien kaum am Aufbau der Komitees. Im Januar 2000 gaben die Militanten einen neuen Beweis ihrer Entschlossenheit und griffen ein Armeelager an. Die Regierung reagierte darauf mit den alten Rezepten, nämlich der Lozierung weiterer Truppen zur Rebellenbekämpfung, der besseren Bewaffnung der Dorfverteidigungskomitees etc. Damit war das eigentliche Problem, nämlich der zunehmenden Frustration kaschmirischer Jugendlicher wegen ihrer dürftigen Beschäftigungschancen und ihrer damit zunehmenden Neigung, sich in pakistanischen Trainingscamps ausbilden zu lassen, nicht beizukommen. Verstärkt wurden diese Tendenzen noch durch die rasch schwindende Popularität Chefminister Farooq Abdullahs, der den wirtschaftlichen Verfall des Unionsstaates nicht aufhalten konnte und dem massive Günstlingswirtschaft vorgeworfen wurde. Zur Bemäntelung der bescheidenen Regierungsführung intensivierte der Chefminister seine Forderungen nach stärkerer Autonomie seines Unionsstaates.

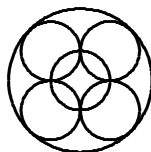
Werner Draguhn (Hrsg.)

Indien 2000

Politik
Wirtschaft
Gesellschaft

mit Beiträgen von:

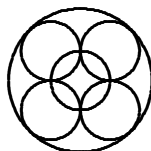
Joachim Betz
Elfriede Bierbrauer
Dirk Bronger
Julia Eckert
Sushila Gosalia
Michael von Hauff
Dagmar Hellmann-Rajanayagam
Clemens Jürgenmeyer
Heinrich Kreft
Citha D. Maaß
Sonja Majumder
Jamal Malik
Dirk Matter
Dietrich Reetz
Jakob Rösel
Hans Christoph Rieger
Dietmar Rothermund
Christian Wagner
Hans-Georg Wieck
Wolfgang-Peter Zingel



INSTITUT FÜR ASIENKUNDE
HAMBURG

Manuskriptbearbeitung: Vera Rathje
Satz und Textgestaltung in L^AT_EX auf Linux: Dörthe Riedel, Wiebke Timpe
Gesamtherstellung: Zeitgemäßer Druck CALLING P.O.D., Hamburg

ISSN 1436-1841
ISBN 3-88910-239-5
Copyright Institut für Asienkunde
Hamburg 2000



VERBUND STIFTUNG
DEUTSCHES ÜBERSEE-INSTITUT

Das Institut für Asienkunde bildet zusammen mit dem Institut für Allgemeine Überseeforschung, dem Institut für Afrika-Kunde, dem Institut für Iberoamerika-Kunde und dem Deutschen Orient-Institut den Verbund der Stiftung Deutsches Übersee-Institut in Hamburg.

Aufgabe des Instituts für Asienkunde ist die gegenwartsbezogene Beobachtung und wissenschaftliche Untersuchung der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Asien.

Das Institut für Asienkunde ist bemüht, in seinen Publikationen verschiedene Meinungen zu Wort kommen zu lassen, die jedoch grundsätzlich die Auffassung des jeweiligen Autors und nicht unbedingt die des Instituts darstellen.

Alle Publikationen des Instituts für Asienkunde werden mit Schlagwörtern und Abstracts versehen und in die Literaturlatenbank des Fachinformationsverbundes Internationale Beziehungen und Länderkunde eingegeben.

Anfragen zur Asien-Literatur richten Sie bitte an die Übersee-Dokumentation (Tel.: (040) 42834 598 - Fax: (040) 42834 512).